

Eupen, den 25.04.2022

## **Rede**

Meine Damen und Herren,

die N62 - eine Never Ending Story -

aber nicht nur das.

Sie ist ein Symbol einer verkorksten wallonischen Planung -  
und ein Sinnbild für eine misslungene belgische Steuer- und Abgaben Politik -

Millionen wurden in der Vergangenheit ausgegeben für Studien und Planungen.  
Und was macht die aktuelle Wallonische Regierung, sie setzt dieses Projekt vorerst auf Eis.

Wahrlich ein Trauerspiel - aber nichts Ungewöhnliches in der Wallonie oder in Belgien -

Dabei besteht akuter Handlungsbedarf -

Das hier unbedingt und umgehend etwas geschehen muss -

Muss ich niemanden erklären -

Und ich muss sagen, dass die Arbeit im Ausschuss äußerst interessant war -

Und ich möchte mich auch bei der Verwaltung bedanken.

Es gab zahlreiche Arbeitsgruppen Sitzungen und es ist eine komplexe Problematik -

Für tiefere Informationen empfehle ich den ausführlichen Bericht vom Ausschuss - für  
Interessierte sicherlich eine lesenswerte Lektüre -

Deshalb will ich auch nicht auf die einzelnen Aspekte und das Für und Wider eingehen -

Nur so viel - es gibt in dieser Akte nicht die eine optimale Lösung -

Nur eins - es muss sich etwas bewegen.

Und es ist unsere Aufgabe die Verantwortlichen, hier in erster Linie die Wallonische Region, an  
ihre Verantwortung zu erinnern -

Und dies tun wir, mit dieser Resolution -

Und die Regierung sollte Ihren Auftrag gerecht werden und bei der nächstmöglichen Gelegenheit  
die Kollegen der Wallonische Region an diese Akte und die akute Problematik erinnern und  
unsere Forderungen klar und unmissverständlich hervorbringen.

Meine Damen und Herren,

wir haben das heute zur Abstimmung vorliegende Dokument mit eingereicht und werden diesem

natürlich auch zustimmen –

Und ich möchte auf einen Aspekt eingehen, welcher leider zu wenig thematisiert wird, wenn es um diese Straße geht, sondern welcher einfach so hingenommen wird –

Warum gibt es überhaupt so viel Verkehr von Belgien nach Luxemburg und nicht andersherum –

Die Straße ist ein Symbol für die Besteuerung von Arbeit und die hohen Lohnnebenkosten in Belgien.

Im Vergleich aller OECD Länder aus dem Jahre 2020 – lag Belgien hier ganz oben –

Auch wenn man die Abgabenquote der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in % des BIP vergleicht – liegt Belgien weit über dem EU-Durchschnitt –

Die Verwaltung unseres kleinen Landes kostet Milliarden –  
Und keiner der Parteien traut sich so richtig daran mal generell aufzuräumen  
und eine komplette Neustrukturierung ins Auge zu fassen –

Zuviel profitieren die politischen Eliten und die etablierten Parteien vom System.  
Eine Partei wie die wallonische PS, welche über Jahrzehnte an der Macht ist und zahlreiche Skandale hinter sich hat, konnte ein Vermögen von  
13,3 Millionen Euro netto aufbauen.

Bis 2014 war die PS die reichste Partei im Land, wurde seitdem von der NVA überholt.

Politische Parteien haben sich zu Unternehmen entwickelt, welche Einnahmen generieren und es sich als Ziel gesetzt haben, ihre Gefolgschaft und Ihre Wählerschaft zu bedienen und teilweise zu versorgen.

Und dies dient nicht immer dem Allgemeinwohl – oft ist das Gegenteil der Fall.

Und wir haben einen Punkt erreicht – an dem ein Schlußstrich gezogen werden muss.

Erst letzte Woche titelten die Zeitungen:  
Alarmglocken schrillen über Staatshaushalt –

Für 2027 rechnet der IWF mit einem belgischen Haushaltsdefizit von 5,4 %, dem größten des gesamten Euroraums und sogar aller so genannten entwickelten Volkswirtschaften, einschließlich der Vereinigten Staaten.

Auch bei der Schuldenquote liegt unser Land mit 118 % im Verhältnis zum BIP an der Spitze Europas.

Und es wäre zu kurz gegriffen dies nur auf die aktuelle Krise oder die Corona Krise zurückzuführen.

Die Problematik liegt viel tiefer –  
Und ist über Jahrzehnte aufgebaut und die politisch Verantwortlichen aller etablierten Parteien tragen hier eine Mitverantwortung.

Und wenn man sich die Prognosen des IWF anschaut, dann kann einem angst und bange werden.

Die Prognosen zeigen, dass das belgische Wachstum in den kommenden Jahren zu den niedrigsten in der Eurozone gehören wird.

Diese niedrigen Wachstumsraten gehen mit hohen Staatsausgaben einher, welche prozentual ebenfalls zu den höchsten in der Eurozone gehören.

Und dabei gibt es zahlreiche Baustellen –  
Ob der demografische Wandel – oder die Sicherheit der Renten.

Es muss gespart werden – und zuallererst beim politischen Apparat.  
Senat und Provinzen wären nur ein Anfang.

Wie kann es sein, dass die Föderalregierung, welche sich nach den letzten Wahlen als Ziel gesetzt hat, das Vertrauen in der Bevölkerung zurückzugewinnen ihre Ausgaben erhöht hat – Laut VRT vom Oktober 2020 beschäftigt die Föderalregierung 15 Minister und 5 Staatssekretäre mit 838 parteipolitischen Kabinettsmitarbeitern, also etwa 42 pro Kabinett.

Seit Jahren thematisieren wir dies –

Auch innenpolitisch birgt dies Sprengstoff –  
Inflation und Kaufkraftverlust führen die Menschen hin zu politischen extremen Lagern – wie vermehrt bei den letzten Wahlen im Inland geschehen –  
Aber weder rechts- noch linksextreme haben Antworten –  
Antworten und Lösungen können sich nur ergeben –  
Wenn man offen und ehrlich die Dinge beim Namen nennt und Fehler eingesteht und bei sich selbst anfängt –

Meine Damen und Herren,

Diese Straße ist ein Mahnmal –  
Ein Mahnmal für die Ausbeutung in der belgischen Lohn- und Abgabepolitik, sowie ein Versagen der politisch Verantwortlichen.

Michael Balter  
Vivant-Fraktion